Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 41 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 18. Februar 1932

Lavals Sturz.

Da die Pariser Boulevardblätter des Parfümeriefabrikanten Coty selbstverständlich mit einem besonders guten politischen Riechorgan ausgerüstet sind, haben sie es sofort erschnüffelt: Deutschland und seine Komplicen haben das Ministerium Laval gestürzt und an Deutschland hat der Senat den armen französischen Ministerpräsidenten verraten! Woraus man dann wieder einmal die ganze Heimtücke und Niedertracht Deutschlands ersehen kann. Nichts ist ja schließlich so dumm, daß man es nicht in derartigen Pariser Blättern lesen könnte —, wenn dadurch nur gegen Deutschland gehetzt wird!

Das so ganz nebenbei. Aber es illustriert doch gewisse Stimmungen oder doch zum mindesten gewisse Absichten, die in der französischen Rechten vorhanden sind —, und Lavals Kammermehrheit war eben durchaus rechts gerichtet. Ja, man hat ihn nicht ganz mit Unrecht den „Gefangenen" dieser Mehrheit genannt. Drei Siege über Laval hat diese Mehrheit errungen: Den vom Senat gestürzten Tardieu hat er in sein Kabinett aufnehmen müssen; Briand, der als „verdächtiger" Außenseiter mißliebig war, fiel bei der Präsidentenwahl durch. Und schließlich schied Briand ganz aus und an seine Stelle trat — dem politischen Gewicht nach — Tardieu als Kriegsminister. Neben ihm steht der politisch ganz rechts eingestellte Finanzminister Flandin. Nur mit einem gewissen Unbehagen mag diese Kammermehrheit den Anfängen Lavals als Ministerpräsident zugesehen haben; aber sie konnte sich bald beruhigen: Laval wurde für die im Laufe des Jahres immer höher ansteigende Welle des französischen Nationalismus kein Hemmnis, sondern ließ sich ohne Widerstand von ihr vorwärtstragen.

Sollen wir Deutsche deswegen trauern, daß er jetzt stürzte? Alles andere als dies! Laval war doch schließlich der Letzt-Verantwortliche dafür, daß man uns in einer brutalen Weise den Plan eines deutsch-österreichischen Zollabkommens zerschlug. Er war dafür verantwortlich, daß ein paar Monate später auch Hoovers Schuldenfeierjahr zu einer Farce ohne jede weltwirtschaftlich-lösende Wirkung blieb. An seinem stillen, zähen Widerstand prallten alle deutschen Versuche ab, in der Tributfrage auch nur einen Schritt vorwärtszukommen. „Am Young-Plan darf nichts geändert werden!" erklärte er immer wieder. Und den „Störenfried" bei dieser Politik des sturen Neinsagens, Amerika, bugsierte er höchst persönlich auf seiner Reise nach Washington glatt hinaus. Im Triumph kehrte er nach Paris zurück; die Weltherrschaft über die krisengeschüttelte Welt schien erreicht zu sein. Auch äußerlich war Laval der Träger dieser Politik geworden; denn selbst Briand hatte er beiseitegeschoben, aber trotzdem paßte die Rechtsmehrheit der Kammer sorgfältig auf ihren Ministerpräsidenten auf, der nun bloß noch die gern übernommene Rolle des unverdrossenen Neinsagers spielte. Das lag ihm. Sich über die wachsende Weltwirtschaftskrise den Kopf zu zerbrechen lag ihm so wenig wie seiner Kammermehrheit. Und wenn er sich, wie bei dem Personenwechsel in seinem Kabinett vor gerade einem Monat, einmal in der Deputiertenkammer zu „verantworten" hatte, dann wuchs die Schärfe des Tones, den er gegen Deutschland anschlug. Die Konferenz von Lausanne verhindert zu haben, ist sein letztes außenpolitisches „Verdienst" für Frankreich. Denn der französische Delegationsführer auf der Abrüstungskonferenz war Tardieu; Laval hat sich in Genf nicht gezeigt.

Frankreich auf der Höhe seiner politischen, militärischen, finanziellen Macht, — das ist das Charakteristische für die Ministerpräsidentschaft Laval. Doch schon zeigen sich die natürlichen Folgen, die nicht minder charakteristisch sind: Frankreich gegen alle Großmächte. Sicherlich kann sich der französische Staat von heute diese einstige „splendid isolation" der Engländer, diese „glänzende Vereinsamung" leisten. Aber so ganz wohl zumute ist der französischen Regierung dabei doch nicht. So ganz allein, nur das Bewußtsein unbesiegbarer Stärke zu haben, empfindet man als zuwenig. Denn der Versuch mißlang auch wieder, Amerika und England zu offiziellen Verbündeten zwecks Garantie der „französische Sicherheit" zu gewinnen. Deswegen wird man jetzt die Abrüstungskonferenz allmählich in das Nichts der Erfolglosigkeit leiten. Schon die Loslösung Englands vom Goldstandard des Pfundes war ein unangenehmer politischer Schlag für Frankreich. Jetzt beginnt ebenfalls auf finanziell-wirtschaftlichem Gebiet Amerika sich dem französischen Druck zu entziehen. Das grammophonartige Neinsagen kann nicht die einzig mögliche Methode der Politik bleiben, wenn ringsum der Boden, auf dem die Weltwirtschaft und Hunderte von Millionen Menschen stehen, immer stärker vom Erdbeben der Krise gerüttelt wird. Wie dabei Laval oder seine Kammermehrheit sich in die Verantwortung teilen, ist uns und der Welt gleichgültig.

Lavals Regierung bedeutet für Deutschland die Zeit, die uns in die tiefste Not und nicht mehr zu ertragendes Elend hineinführte. Laval war es, der auch dafür uns gegenüber vor der Geschichte die Verantwortung zu tragen hat. Und damit ist vom deutschen Standpunkt aus wohl genügsam gesagt, welches Urteil wir über Laval zu fällen haben.

Scharfer Protest gegen litauische Willkür

Litauen verzögert die Ratsentscheidung.

Der vom Völkerbundrat eingesetzte Berichterstatter für die Memelfrage, der norwegische Gesandte Colban, setzte gemeinsam mit den drei Kronjuristen die Beratungen über den Bericht an den Völkerbundrat fort. Die ursprünglich für Donnerstag vorgesehene Sitzung des Völkerbundrates mußte verschoben werden, da die Litauer Schwierigkeiten gemacht haben. Die Verhandlungen werden jetzt zusammen mit den beiden beteiligten Abordnungen fortgesetzt. Man nimmt jedoch an, daß die entscheidende Sitzung des Völkerbundrates über die Memelfrage Ende der Woche stattfinden wird.

*

Der Verfassungsausschuß des Preußischen Landtages nahm einen deutschnationalen Antrag an, der das Staatsministerium ersucht, sofort auf die Reichsregierung einzuwirken, alle nur möglichen Maßnahmen gegenüber der litauischen Regierung anzuordnen, um dem vergewaltigten Deutschtum im Memelland zu seinem Rechte zu verhelfen.

*

Scharfer Protest des Memelländischen Landtages.

Mit 23 Stimmen der Volkspartei, Landwirtschaftspartei, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen vier Stimmen der litauischen Abgeordneten nahm der Memelländische Landtag folgende Protestentschließung an: **„Der Memelländische Landtag erhebt nachdrücklichst und feierlichst Protest gegen die seit dem 6. Februar dieses Jahres vorgenommenen Eingriffe des Gouverneurs in die autonomen Rechte des Memelgebietes, die augenblicklich Gegenstand der Beratungen des Völkerbundes bilden. Der Präsident des Direktoriums, Böttcher, und Landesdirektor Podzus sind auch heute noch interniert, und Landesdirektor Szigand ist durch Androhung von Gewaltmaßnahmen an der Fortführung der Geschäfte gehindert worden. Der Gouverneur hat mit der einstweiligen Führung der Präsidialgeschäfte den Landesrat Tolischus beauftragt, der wiederum zwei Beamte des Direktoriums zur Wahrnehmung der Geschäfte des Landesdirektors bestimmt hat, eine Regelung, die weder den Gesetzen entspricht, noch die Billigung des Landtages erhalten hat. Der Landtag des Memelgebietes fordert sofortige Aufhebung aller Gewaltmaßnahmen und die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes."**

*

England gegen Sanktionen.

Außenminister Simon über den chinesisch-japanischen Streit.

Im Unterhaus verneinte Außenminister Simon energisch die Frage, ob er vorschlagen wolle, daß der Völkerbundrat die Entschließung über die Anwendung des Artikels 16 der Völkerbundstatuts im Falle Japan durchführen solle, die Zurückziehung der Botschafter und die Einrichtung einer effektiven Blockade der Küsten vor, falls ein Mitgliedstaat das Völkerbundstatut bricht.

Die Frage der Verantwortlichkeit für die bedauerliche Lage in Schanghai, so sagte Sir John Simon, werde vom Völkerbundrat auf Grund der Bestimmungen des Artikels 15 erwogen. Bevor der Völkerbundrat die Stellungnahme der Parteien erhalten hatte, habe die chinesische Regierung verlangt, daß diese Frage vom Völkerbundrat zurückgezogen und der Vollversammlung zur Entscheidung vorgelegt werde.

Auf eine weitere Frage, ob die englische Regierung an die amerikanische, französische, italienische und deutsche zwecks einer gemeinsamen Aktion herantreten würde, erklärte der Außenminister, daß die englische Regierung einem solchen Vorschlag nicht beipflichten könne.

Japan droht mit dem Austritt.

Die Note des Völkerbundrates an Japan ist in Tokio amtlich bisher noch in keiner Weise kommentiert worden. In maßgebenden Kreisen verlautet, daß jeder weitere Druck von seiten des Völkerbundes zum Austritt Japans aus dem Völkerbund führen könne.

Japanische Granaten in der internationalen Niederlassung.

Die Bewohner der internationalen Niederlassung wurden durch das ununterbrochene Feuer der japanischen Geschütze wach gehalten. 45 japanische Granaten fielen in die internationale Niederlassung hinter die amerikanische Verteidigungslinie, wobei vier Chinesen getötet und vierzehn verwundet wurden.

Japanische Kreuzer eröffneten das Feuer auf das Dorf Wusung. Dabei wurde der englische Besitzer des Wusunghotels durch Granatsplitter verletzt. Ferner wurden die Kabel der Nord-Telegraphen-Gesellschaft durch eine Granate zerstört, so daß Schanghai während vier Stunden ohne Verbindung mit der Außenwelt war, bis diese durch Notkabel wiederhergestellt wurde.

Zwei englische Matrosen der „Suffolk" getötet.

Wie die englische Admiralität mitteilt, sind zwei durch eine chinesische Granate verwundete englische Matrosen des Kreuzers „Suffolk" ihren Verletzungen erlegen.

*

London, 17. Februar. Die Tötung zweier englischer Matrosen in Schanghai hat in London das allergrößte Aufsehen hervorgerufen. In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß dieser Vorfall erneut den außerordentlichen Ernst der Lage in Schanghai illustriert, die aber gerade deswegen der kühlen Beurteilung bedürfe, da übereilte Schritte die Lage nur noch mehr verwickeln können. Man rechne damit, daß die Chinesen diesen Zwischenfall dazu benutzen werden, um auf eine Räumung der internationalen Niederlassung durch die Japaner zu drängen und zu erklären, daß sie keine Verantwortung für die Vorgänge übernehmen können, solange die Niederlassung von den Japanern als Basis für militärische Operationen benutzt wird. Irgendwelche Sondermaßnahmen sind in London noch nicht beschlossen worden.

Die deutschen Abrüstungsvorschläge veröffentlicht.

Genf, 18. Februar. Die deutschen Abrüstungsvorschläge sind heute veröffentlicht worden. Deutschland schlägt unter anderem die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung von Milizheeren, die Begrenzung der Polizei, die Abschaffung der schweren Artillerie, von Kriegsschiffen über 10 000 Tonnen, aller Luftstreitkräfte vor. Weiter soll der chemische Krieg verboten werden und eine Offenlegung aller Rüstungen erfolgen.

Änderung der französischen Außenpolitik?

Die Deutschland am meisten interessierende Frage bei dem Kabinettssturz in Frankreich ist die nach der Möglichkeit einer Änderung der französischen Außenpolitik durch eine neue Regierung. Hierzu ist zu sagen, daß dafür wenig Vermutung besteht, denn die nationale Politik Lavals war die französische Außenpolitik überhaupt seit Jahrhunderten. Wenn und soweit sie sich im Lauf der letzten Jahre ein internationales „Verständigungs"mäntelchen umgehängt hatte, hat sie dieses stets sehr schnell wieder fallen lassen, nachdem sie in der Verkleidung als Friedensengel Gegner, die an der Echtheit der Aufmachung glaubten, aufs Glatteis gelockt und mattgesetzt hatte. Rücksichtslose Machtpolitik ist das unerschütterliche Wahrzeichen des Vorgehens eines Volkes, das sich unentwegt als die „grande nation" betrachtet mit dem unauslöschlichen Ehrgeiz der Vormachtstellung in Europa. Dies ist das Leitmotiv, das von Ludwig XIV. an, über die französische Revolution und Napoleon bis auf unsere Tage in Frankreichs Außenpolitik klingt und klingen wird. Zum weiteren eisernen Bestand französischer Außenpolitik gehört das Bestreben der Einkreisung Deutschlands durch Schaffung eines Ringes französischer Vasallenstaaten an den deutschen Grenzen. Waren es einst Schweden, Polen, Ungarn und die Türkei, die nötigenfalls gegen Deutschland in Bewegung gesetzt wurden, so sind es heute Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien, die in französischem Sold stehen, treu und gewärtig ihrem Herren „gute Dienste" zu leisten gegen das in dieser Zange befindliche Deutschland.

Auf diesem Wege der überkommenen Außenpolitik wird jeder französische Staatsmann, welcher Parteirichtung er auch angehören mag, fortschreiten müssen, wenn er die Zustimmung seines Volkes haben will, und diesen gegebenen Faktor muß mit klarem Blick jede deutsche Außenpolitik in ihre Rechnung einsetzen und danach ihr Verhalten gegenüber Frankreich einrichten. Wir müssen uns hüten, von einer Kabinettsänderung in Frankreich etwa eine Erleichterung des französischen Druckes auf uns zu erhoffen.

*

Die Abrüstungskonferenz und der französische Kabinettssturz.

Vorläufig keine französische Erwiderung auf deutsche Vorschläge.

Der Führer der französischen Abordnung, Kriegsminister Tardieu, und der Kolonialminister Paul Reynaud haben Genf verlassen, um an den Pariser

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF